

Haushaltsrede 2015 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Eitorf (Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Eitorfer Bürger, verehrte Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Haushaltsreden sind auch in der Kommunalpolitik so etwas wie das Salz in der Suppe. Abrechnung mit der Verwaltungsspitze, Abrechnung mit dem politischen Gegner. Beim Kanzleretat findet die Aussprache über die Regierung statt. In der Kommunalpolitik wäre das der Etat des Bürgermeisters.

Schaut man im Haushalt nach, muss die Aussprache mangels Masse ausfallen.

Dann also die Abrechnung mit dem politischen Gegner. Nur welchem Gegner? Schauen wir uns die Wahlkämpfe an - wir wollen alle das Gleiche:

“ Das Beste für Eitorf“

So stürzen wir mit diesem Ruf nach jeder Wahl durch diese Tür. Wir stellen dann schnell fest, das, was für den einen das Beste ist, ist dem anderen ein Dorn im Auge. Und schon haben wir ein Problem.

Aber irgendwie kommen doch Mehrheiten zustande und wir beschließen etwas. Dann passiert es häufig, dass der Bürgermeister eine Beschwörungsformel spricht:

„HSK“ ist das Zauberwort welches alles lähmt.

Das Haushalts sicherungskonzept, in dem die Gemeinde sich befindet. Ist unserem Verwaltungschef ein Thema zu heikel, lässt er sich das Zauberwort HSK durch eine Anfrage bei der Kommunalaufsicht in Siegburg verstärken.

Haushalts sicherungskonzept heißt, dass die Gemeinde zu hoch verschuldet ist und sich Ausgaben genehmigen lassen oder an anderer Stelle sparen muss.

Im Grunde ist der Rat nur eingeschränkt handlungsfähig. Im Handling des HSK ist der Bürgermeister ein Virtuose. Aber auch die Politik hat es sich im HSK bequem gemacht. Wir zeigen mit den Finger nach Siegburg zum Kreis, nach Düsseldorf zum Land und nach Berlin zum Bund. Die sind schuld an der finanziellen Lage hier bei uns. Eben am HSK.

Zeige ich mit einem Finger auf jemanden, zeigen dummerweise drei Finger auf mich zurück!

Verehrte Zuhörer, etwas unbemerkt hatte Eitorf Besuch aus Berlin: der CDU Generalsekretär hat den Weg nach Eitorf gefunden.

Seine Aussage zu den kommunalen Finanzen lautete eindeutig und klar: „Aufgrund der Schuldenbremse hoffen Sie nicht auf Hilfe aus Berlin oder Düsseldorf, Sie müssen sich selbst helfen!“

Wie wahr. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst ist, die Gemeinde lebt finanzpolitisch über ihre Verhältnisse und damit zu Lasten unserer Kinder und Enkel.

In diesem Saal hört man immer wieder den Satz: „Wer bestellt, der soll auch bezahlen.“

Das hat aber nicht nur zwischen den Gebietskörperschaften zu gelten sondern auch zwischen den Generationen. Für das, was wir heute haben wollen, müssen wir auch heute, eben jetzt und hier das Geld zu Verfügung stellen.

Das, was wir brauchen, sind nachhaltige Gemeindefinanzen mit einer Schuldenbremse z.B. einen Generationenbeitrag. Einen Sanktionsmechanismus, der eben verhindert, dass wir über unsere Verhältnisse leben und uns zwingt, Konsolidierungsmaßnahmen in allen Bereichen und bei allen öffentlichen Ausgaben vorzunehmen.

Freudenberg im Oberbergischen hat es vorgemacht wie es gehen kann.

Dazu ist es aber notwendig und unerlässlich, dass wir als Gemeinde unsere volle Handlungsfähigkeit erhalten, und dafür müssen wir dieses HSK verlassen.

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung aufzeigen soll, wie die Laufzeit des Haushaltshaltsicherungskonzepts verkürzt werden kann.

Weiterhin beantragen wir, dass die Verwaltung darstellt, wie eine Form der Schuldenbremse für Eitorf eingeführt werden kann und welche Auswirkungen dieses auf den Haushalt hat.

Gemeindewerke

Zu den Werken gibt es im Grunde nicht viel zu sagen. Die Mitarbeiter in der Ver- als auch Entsorgung machen ihren Job gut und vernünftig. Daher ein „Dankeschön“ für ihre Arbeit.

Trotzdem muss einiges erwähnt werden. Im Prüfbericht zum Jahr 2013 heißt es, dass nennenswerte Einsparungen nur im Bereich Zinsaufwendungen erreicht werden können.

18 Mio € Schulden und Zinsaufwendungen von 650.000 € sprechen für sich, aber auch hier ist bald die Grenze der Möglichkeiten erreicht.

Im Gegenzug schwinden die Erlöse und das Geld aus dem CBL rapide. Ca. 2 Mio € war der Barwert den die Werke erhielten; Tagesgeld wirft die Summe längst nicht mehr ab.

Aber auch der Betrag an sich schmilzt, sei es durch die Kosten zum Abschluss eines Anschluss-Akkreditivs mit Beratungskosten und Gebühren von fast 120.000 € bzw. durch neue Aval Provisionen von ca. 55.000 €/Jahr, die in der Summe ungefähr 600.000 € verursachen (Bericht Jahresabschluss 2013). Am Ende der Laufzeit vom CBL, wenn die Gesamtabrechnung ansteht, und die werden wir einfordern, wird es wahrscheinlich heißen: „Dumm gelaufen“.

Aber es gibt auch Potential. Im Jahresabschluss 2013 heißt es „Besondere Chancen bestehen auf Grund des Zwecks und Ausrichtung des Betriebes nicht.“

Oder doch?

Meine Damen und Herren, das bedeutet nichts anderes, als dass das Geschäftsmodell und Feld erweitert werden muss!

Wasser gehört zu „Wasser und Abwasser“ . Deshalb macht eine Zuordnung des Schwimmbades zu den Werken nicht nur in technischer Hinsicht einen Sinn!

Wir beantragen daher, dass das Schwimmbad den Werken angegliedert wird und diese die Verwaltung über die entsprechenden Möglichkeiten umfassend informiert, um Vor- und Nachteile der Maßnahme abwägen zu können.

Weiterhin wurden vor Jahren im Entlastungssammler Vorrichtungen vorgesehen, um Wärmetauscher einbauen zu können, die zur Wärmegewinnung für das Schwimmbad, Schulen

usw. eingesetzt werden können. Energieerzeugung zur Selbstnutzung spart nicht nur Geld, sondern ist das Tor zu einem weiteren Geschäftsfeld zur Erzielung von Einnahmen.

Es gilt, die Werke fit zu machen für die Zukunft und so aufzustellen, dass die Gebühren weiterhin günstig bleiben!

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung aufzeigt, welches Geschäftsmodell bzw. Geschäftsfelderweiterung sie für möglich hält und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind.

Sportstättennutzungsgebühr

Meine Damen und Herren, die Sportstättennutzungsgebühr wurde wegen der finanziellen Lage der Gemeinde eingeführt und ist seitdem immer wieder ein Zankapfel.

Für die Beschallungsanlage des Sitzungssaales stehen im Haushalt dieses Jahr 33.000 Euro zur Verfügung; mit diesem Geld lässt sie sich 2 Jahre gegenfinanzieren.

Nun kann es sein, dass dies der SPD immer noch nicht nachhaltig genug finanziert ist.

Meine liebe SPD, der **ganze Haushalt** ist nicht nachhaltig finanziert!

Da wir das Geld für einen anderen Zweck verwenden wollen, haben wir einen Alternativvorschlag: Wir beantragen, die Einnahmen aus der Sportstättennutzungsgebühr mit einem Sperrvermerk zu versehen. Diese Einnahmen kann die Verwaltung nur in Absprache mit dem Gemeindefortsportbund (der die Vereine vertritt) verausgaben. Hierdurch wird gewährleistet, dass den Vereinen ein Mitspracherecht für die selbstaufgewendeten Mittel mit eingeräumt wird und das Geld nicht im Nirwana des Haushaltes verschwindet. Sollte keine Einigung erfolgen, entscheidet der entsprechende Ausschuss über die Verwendung.

Schulen

Kommen wir zu den Schulen: auf Grund der kommenden Schülerzahlen stehen hier zwar schwere, aber keine furchterregenden Entscheidungen an.

Unser gemeinsam aufgebautes Schulsystem funktioniert und ist zukunftsfest.

Nach der Sanierung des Gymnasiums gilt es nun, die Sanierung der Sekundarschule anzugehen und hier besonders die bestehenden Klassencontainer zu ersetzen.

Wir beantragen daher, in die Haushaltsplanung die entsprechenden Gelder für die Sanierung der Sekundarschule zu berücksichtigen.

Grundlage hierfür ist der Raumbedarf entsprechend dem kommenden Schulentwicklungsplan.

Vielleicht besteht auch hier die Möglichkeit, Fördergelder über das IHK zu erhalten.

Wichtig ist aber auch die Personalausstattung und hier geht es vor allem um den Erhalt der Sozialarbeiterstellen.

Daher beantragen wir, die Beschallungsanlage für den Ratssaal nicht anzuschaffen und das dadurch eingesparte Geld lieber für den Erhalt dieser Stellen zu verwenden.

Zudem beantragen wir zu prüfen, inwieweit die Wiederbesetzung der vakanten Stelle im Amt für Wirtschaftsförderung anderweitig durch Umbesetzung erfolgen kann, um mit diesen eingesparten Mitteln ebenfalls die Stellen der Sozialarbeit an unseren Schulen zu erhalten.

Auch das ist Wirtschaftsförderung und zwar nachhaltig und pur!

Integriertes Handlungskonzept (IHK)

Verehrte Anwesende, wer hätte bei der immer dargestellten Haushaltslage gedacht, dass sich einerseits 400.000 € Mehrkosten beim Gymnasium so leicht verkraften lassen und sich gleichzeitig noch 90.000 € für ein städtebauliches Konzept (IHK) finden?

Dieses muss nun schleunigst bis zum Sommer geplant bzw. sogar erstellt sein, einschließlich Bürgerwerkstätten bzw. Bürgerbeteiligung und Beschluss im Rat. (Wir haben jetzt Anfang Februar!)

Dieses IHK ist nun Fluch und Segen zugleich. Einerseits eröffnet sich eine Möglichkeit, Gelder für notwendige Maßnahmen zu erhalten, andererseits gilt es, die Folgekosten zu bedenken, die die Gemeinde später in Gänze alleine zu tragen hat. Es ist deshalb sehr wichtig, hier mit den Wünschen nicht über das Ziel hinaus zu schießen!

Wir werden das Integrierte Handlungskonzept kritisch begleiten, wobei für uns Projekte zur Standortverbesserung und nicht zur Verschönerung im Vordergrund stehen.

Lindscheid

Kommen wir zur Gewerbe- und Wohngebietsentwicklung: Meine Damen und Herren, lassen sie es mich klar und einfach ausdrücken: **Lindscheid - Nein Danke.**

Das heißt nicht, dass wir gegen die Entwicklung von Gewerbegebiets- oder Wohngebietsflächen sind. Es geht um die Nachweise, dass erstens der **Bedarf** dazu besteht und zweitens, dass keine anderen Flächen zur Verfügung stehen.

Der LEP macht hierzu klare Vorgaben. Was hier von der Verwaltungsspitze aber versucht wird, ist, mit der Bezirksregierung zu handeln wie auf dem holländischen Blumenmarkt: Wenn Altebach nicht zum Tausch reicht, legen wir noch eine Fläche bei Schiefen dazu; reicht das immer noch nicht, dann packen wir die Fläche bei Huckenbröl noch drauf. Hauptsache tauschen.

Was sollte aus Altebach alles werden? Bis hin zum eigenen S-Bahnhaltepunkt gingen die Vorstellungen! Schauen sie sich Altebach heute an - soll Lindscheid das gleiche Schicksal erleiden? Nein danke!

Feuerwehr

Sehr verehrte Zuhörer, die Feuerwehr ist uns nicht nur lieb sondern auch teuer, was wir an den Investitionen immer wieder sehen.

Inwieweit die Einführung einer Aufwandsentschädigung für die Feuerwehrleute der Personalentwicklung in der Feuerwehr hilft, ist schwer abzuschätzen, aber einen Versuch wert. Hier gilt es abzuwarten und nach einiger Zeit ein Resümee zu ziehen.

Die Entschädigung darf aber nicht der Einstieg zu einer Hauptamtlichen Feuerwehr sein.

Was den Fahrzeugbedarf der Feuerwehr im jetzigen Haushalt angeht, erschließt sich dieser uns zur Zeit nicht.

Wir beantragen daher, diese Beschaffung mit einem Sperrvermerk zu versehen und den Bedarf erstmal genauestens darzulegen. Uns würde vor allem interessieren, inwieweit die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr bei Nichtbeschaffung des Fahrzeuges beeinträchtigt ist.

Meine Damen und Herren, das Haushaltsjahr ist ein kurzes Jahr, aber es werden dort Weichen für die kommenden Jahre gestellt!

Besonders betreffend der Nachhaltigkeit des Haushaltes und des Generationenbeitrages hoffen wir, dass wir ihr Interesse und Ihre Neugierde geweckt haben.

Die Gesamtverschuldung Eitorfs beträgt in diesem Haushaltsjahr ca. 23.Mio €; unter Einbeziehung der Werke sogar über 30 Mio. €!

Im Jahr 2023 wird die Verschuldung Eitorfs, bei geplantem Verlassen des HSK, ohne Berücksichtigung der Werke immer noch bei ca. 25. Mio € liegen! Und diese Voraussage basiert auf sehr optimistischen Annahmen.

Sie sehen also, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um unseren Kindern und Enkeln kein Schuldenhaus zu hinterlassen!

Ich möchte schließen mit Worten von Mahatma Gandhi: „ Die Zukunft hängt davon ab, was wir **heute tun.**“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit